



Wirtschafts- und Abgabekommission

An den Grossen Rat

07.0922.02

Basel, 27. September 2007

Kommissionsbeschluss
vom 27. September 2007

Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates

zum

Ratschlag 07.0922.01

zu einer Teilrevision des

Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG)

Anpassungen des kantonalen Rechts an das Bundesrecht:

- Indirekte Teilliquidation und Transponierung
- Kollektivanlagengesetz
- Berufliche Vorsorge
- Freiwillige Zuwendungen
- Vereinfachtes Abrechnungsverfahren für kleine Arbeitsentgelte gemäss Schwarzarbeitsgesetz
- Rückkaufwert von Rentenversicherungen
- Beschwerdeverfahren vor Bundesgericht
- Rechtsweggarantie gemäss Artikel 29a BV
- Wegfall der Erbenhaftung im Steuerstrafrecht
- Verfahrensgarantien im Steuerstrafrecht

Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage und Zielsetzung der Vorlage	3
1. Ausgangslage und Zielsetzung der Vorlage	3
2. Auftrag und Vorgehen der Kommission.....	3
3. Ergebnis der Kommissionsberatung	3
3.1 Gesamteinschätzung der Kommission	3
3.2 Detailberatung	3
4. Antrag an den Grossen Rat	4
Grossratsbeschluss	5

1. Ausgangslage und Zielsetzung der Vorlage

Das baselstädtische Steuergesetz wurde am 12. April 2000 im Rahmen einer Totalrevision erlassen und wurde seither immer wieder verschiedenen Teilrevisionen unterzogen. Der vorliegende Ratschlag schlägt den Nachvollzug verschiedener vom Bund verabschiedeter Gesetzeserlasse vor, welche Änderungen des Harmonisierungsrechts enthalten und die Steuern betreffen.

Die zehn Massnahmen, die der Regierungsrat hier in einer Teilrevision zusammengefasst vorlegt, sind inhaltlich weitgehend isoliert voneinander zu betrachten. Sie bewirken zwar inhaltliche Änderungen, betreffen dabei aber nicht fundamentale Bereiche des Steuergesetzes wie die Tarife oder Abzüge. Sie stellen überdies meist auch keine wesentlichen Neuerungen dar, da vieles schon heute in der Praxis entsprechend gehandhabt wird.

Die meisten der vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen müssen vom Kanton aufgrund bundes- und harmonisierungsrechtlicher Vorgaben nachvollzogen werden, wobei allerdings bei den einzelnen Gesetzesänderungen dem Kanton unterschiedlicher Spielraum gegeben ist.

2. Auftrag und Vorgehen der Kommission

Der Grosse Rat hat den Ratschlag Nr. 07.0922.01 zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (StG) am 12. September 2007 seiner Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Die WAK hat das Geschäft an ihren Sitzungen vom 22. August 2007, 5. September 2007 und 27. September 2007 beraten und sich von RR Eva Herzog sowie Christian Mathez, stellvertretender Leiter der Steuerverwaltung, ausführlich informieren lassen. Das Finanzdepartement war an allen Sitzungen vertreten.

3. Ergebnis der Kommissionsberatung

3.1 Gesamteinschätzung der Kommission

Insgesamt wurde der Ratschlag in der Kommission begrüßt. Nur ein einziger Punkt, nämlich die Besteuerung von Rentenversicherungen mit laufenden Renten, war inhaltlich umstritten. Mit einem Änderungsvorschlag diesen Bereich betreffend beantragt die Kommission denn auch Zustimmung zu den Vorschlägen des Regierungsrates.

3.2 Detailberatung

Hier ist lediglich auf den bereits erwähnten Punkt der **Rentenversicherungen mit laufenden Leistungen** hinzuweisen. Rentenversicherungen und ähnliche Forderungen auf periodische Leistungen sind gemäss heutigem baselstädtischem Steuerrecht von der

Vermögenssteuer befreit, sofern die Leistungen bereits laufen (§ 48 lit. b StG). Der Regierungsrat hat im Ratschlag dargelegt und beantragt, dass auf diese Ausnahme aus Gründen der Rechtsgleichheit und des Harmonisierungsrechts zu verzichten sei. Zudem sei die Einkommenssteuer für Leibrenten anlässlich der Totalrevision des Steuergesetzes im Jahr 2000 von 60% auf 40% gesenkt worden.

Dies wurde in der Kommission bestritten mit dem Argument, dass die steuerliche Förderung der Altersvorsorge sinnvoll sei und deren Abschaffung das berechtigte Vertrauen der Betroffenen enttäuschen würde.

Eine knappe Mehrheit der Kommission hat zunächst in einer Eventualabstimmung entschieden, die vorgeschlagene Streichung gegebenenfalls nur mit einer Übergangsbestimmung zu Gunsten bisheriger Versicherungsnehmer einzuführen. In der Hauptabstimmung wurde der so bereinigte Vorschlag dann, ebenfalls mit knapper Mehrheit, genehmigt. Die Kommission stimmt also der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Streichung der Steuerbefreiung von Rentenversicherungen mit laufenden Leistungen in § 48 StG zu, schlägt aber die Einfügung einer neuen Übergangsbestimmung mitsamt Titel zugunsten bisheriger Versicherungsnehmer vor:

Nach § 241 werden folgender Titel 7a und § 241a eingefügt:

7a. Rentenversicherungen

§ 241a. Rentenversicherungen und ähnliche Forderungen auf periodische Leistungen, bei denen die Leistungen im Zeitpunkt der Steuerbemessung bereits laufen, unterliegen der Vermögenssteuer nicht, sofern sie vor dem 1. Januar 2008 abgeschlossen worden sind.

4. Antrag an den Grossen Rat

Die Kommission beantragt dem Grossen Rat mit zwölf zu null Stimmen ohne Enthaltungen, dem nachfolgenden Grossratsbeschluss im Sinne der obigen Ausführungen zuzustimmen.

Die Kommission hat diesen Bericht am 27. September 2007 mit fünfzehn zu null Stimmen verabschiedet und ihren Präsidenten zum Sprecher bestimmt.

Wirtschafts- und Abgabekommission

Der Präsident



Lukas Engelberger

Grossratsbeschluss

Gesetz über die direkten Steuern (Steuergesetz)

Änderung vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsichtnahme in den Ratschlag und Entwurf des Regierungsrates Nr. 07.0922.01 vom 26. Juni 2007 sowie den Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission Nr. 07.0922.02 vom 27. September 2007, beschliesst:

I.

Das Gesetz über die direkten Steuern (Steuergesetz) vom 12. April 2000 wird wie folgt geändert:

Titel 4. vor § 12 erhält folgende neue Fassung:

4. Gesellschaften und kollektive Kapitalanlagen

§ 12 wird um folgenden Abs. 4 ergänzt:

4 Das Einkommen und Vermögen von kollektiven Kapitalanlagen gemäss dem Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen vom 23. Juni 2006 wird den Anlegern und Anlegerinnen anteilmässig zugerechnet; ausgenommen hiervon sind die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz.

Vor § 21 wird folgender Titel a) eingefügt:

a) Allgemeines

§ 21 Abs. 1 lit. e erhält folgende neue Fassung:

e) Einkünfte aus Anteilen an kollektiven Kapitalanlagen, soweit die Gesamterträge die Erträge aus direktem Grundbesitz übersteigen;

Nach § 21 werden folgender Titel b) und § 21a eingefügt:

b) Indirekte Teilliquidation und Transponierung

§ 21a. Als Ertrag aus beweglichem Vermögen im Sinne von § 21 Abs. 1 lit. c gilt auch:

a) der Erlös aus dem Verkauf einer Beteiligung von mindestens 20 Prozent am Grund- oder Stammkapital einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft aus dem Privatvermögen in das Geschäftsvermögen einer anderen natürlichen oder einer

juristischen Person, soweit innert fünf Jahren nach dem Verkauf, unter Mitwirkung des Verkäufers oder der Verkäuferin, nicht betriebsnotwendige Substanz ausgeschüttet wird, die im Zeitpunkt des Verkaufs bereits vorhanden und handelsrechtlich ausschüttungsfähig war; dies gilt sinngemäss auch, wenn innert fünf Jahren mehrere Beteiligte eine solche Beteiligung gemeinsam verkaufen oder Beteiligungen von insgesamt mindestens 20 Prozent verkauft werden; ausgeschüttete Substanz wird beim Verkäufer bzw. bei der Verkäuferin gegebenenfalls im Verfahren nach den §§ 177 bis 179 nachträglich besteuert;

b) der Erlös aus der Übertragung einer Beteiligung von mindestens 5 Prozent am Grund- oder Stammkapital einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft aus dem Privatvermögen in das Geschäftsvermögen einer Personenunternehmung oder einer juristischen Person, an welcher der Veräußerer bzw. die Veräußerin oder der Einbringer bzw. die Einbringerin nach der Übertragung zu mindestens 50 Prozent am Kapital beteiligt ist, soweit die gesamthaft erhaltene Gegenleistung den Nennwert der übertragenen Beteiligung übersteigt; dies gilt sinngemäss auch, wenn mehrere Beteiligte die Übertragung gemeinsam vornehmen.

² Mitwirkung im Sinne von Abs. 1 lit. a) liegt vor, wenn der Verkäufer oder die Verkäuferin weiß oder wissen muss, dass der Gesellschaft zwecks Finanzierung des Kaufpreises Mittel entnommen und nicht wieder zugeführt werden.

§ 32 Abs. 1 lit. a und lit. d erhalten folgende neue Fassung:

a) die privaten Schuldzinsen im Umfang der nach den §§ 21, 21a und 22 steuerbaren Vermögenserträge und weiterer 50000 Franken. Nicht abzugsfähig sind Schuldzinsen für Darlehen, die eine Kapitalgesellschaft einer an ihrem Kapital massgeblich beteiligten oder ihr sonstwie nahestehenden natürlichen Person zu Bedingungen gewährt, die erheblich von den im Geschäftsverkehr unter Dritten üblichen Bedingungen abweichen;

d) die gemäss Gesetz, Statut oder Reglement geleisteten Einlagen, Prämien und Beiträge an die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung und an Einrichtungen der beruflichen Vorsorge;

§ 33 lit. b erhält folgende neue Fassung:

b) die freiwilligen Leistungen von Geld und übrigen Vermögenswerten an juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, die im Hinblick auf ihre öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecke von der Steuerpflicht befreit sind (§ 66 lit. f), wenn diese Leistungen im Steuerjahr 100 Franken erreichen und insgesamt 20 Prozent der um die Aufwendungen gemäss §§ 27-32 verminderten steuerbaren Einkünfte nicht übersteigen; im gleichen Umfang abzugsfähig sind entsprechende freiwillige Leistungen an Bund, Kantone, Gemeinden und deren Anstalten (§ 66 lit. a und b); der Regierungsrat kann im Einzelfall Zuwendungen, die die Limite von 20 Prozent übersteigen, als abziehbar erklären.

Nach § 38 werden folgender Titel b) und § 38a eingefügt:

b) Vereinfachtes Abrechnungsverfahren für kleine Arbeitsentgelte

Art. 38a. Für kleine Arbeitsentgelte aus unselbständiger Erwerbstätigkeit ist die Steuer ohne Berücksichtigung der übrigen Einkünfte, allfälliger Berufskosten und Sozialabzüge zu einem Satz von 4,5 Prozent zu erheben; Voraussetzung ist, dass der oder die Arbeitgebende die Steuer im Rahmen des vereinfachten Abrechnungsverfahrens nach den Artikeln 2 und 3 des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit vom 17. Juni 2005 entrichtet. Damit ist die Einkommenssteuer abgegolten.

² § 189 Abs. 1 lit. a gilt sinngemäss.

³ Der Schuldner oder die Schuldnerin der steuerbaren Leistung ist verpflichtet, die Steuern periodisch der zuständigen AHV-Ausgleichskasse abzuliefern.

⁴ Die AHV-Ausgleichskasse stellt der steuerpflichtigen Person eine Aufstellung oder eine Bestätigung über den Steuerabzug aus. Sie überweist der zuständigen Steuerbehörde die einkassierten Steuerzahlungen.

⁵ Die Bezugsprovision nach § 189 Abs. 4 steht der zuständigen AHV-Ausgleichskasse zu.

Der bisherige Titel b) vor § 39 wird neu zu Titel c).

§ 45 Abs. 3 erhält folgende neue Fassung:

³ Bei Anteilen an kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz (§ 58 Abs. 2) ist die Wertdifferenz zwischen den Gesamtaktiven der kollektiven Kapitalanlage und deren direktem Grundbesitz steuerbar.

§ 46 Abs. 5 erhält folgende neue Fassung:

⁵ Lebensversicherungen (einschliesslich rückkaufsfähige Rentenversicherungen) unterliegen der Vermögenssteuer mit ihrem Rückkaufswert.

§ 48 erhält folgende neue Fassung:

§ 48. Hausrat und persönliche Gebrauchsgegenstände sind steuerfrei.

§ 58 Abs. 2 erhält folgende neue Fassung:

² Den übrigen juristischen Personen gleichgestellt sind die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz nach Art. 58 des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen vom 23. Juni 2006. Die Investmentgesellschaften mit

festem Kapital nach Art. 110 dieses Bundesgesetzes werden wie Kapitalgesellschaften besteuert.

§ 66 wird um folgende lit. i ergänzt:

- i) die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz, sofern deren Anleger ausschliesslich steuerbefreite Einrichtungen der beruflichen Vorsorge nach lit. c) oder steuerbefreite inländische Sozialversicherungs- und Ausgleichskassen nach lit. d) sind.

§ 70 Abs. 1 lit. c erhält folgende neue Fassung:

- c) die freiwilligen Leistungen von Geld und übrigen Vermögenswerten bis zu 20 Prozent des Reingewinns an juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, die im Hinblick auf ihre öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecke von der Steuerpflicht befreit sind (§ 66 lit. f), sowie an Bund, Kantone, Gemeinden und deren Anstalten (§ 66 lit. a und b); der Regierungsrat kann im Einzelfall Zuwendungen, welche 20 Prozent des Reingewinns übersteigen, als abziehbar erklären;

Titel f) vor § 74 erhält folgende neue Fassung:

- f) Gewinne von Vereinen, Stiftungen und kollektiven Kapitalanlagen

§ 74 Abs. 4 erhält folgende neue Fassung:

- ⁴ Die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz unterliegen der Gewinnsteuer für den Ertrag aus direktem Grundbesitz.

Titel 3. vor § 81 und § 81 erhalten folgende neue Fassung:

- 3. Vereine, Stiftungen, kollektive Kapitalanlagen und übrige juristische Personen

§ 81. Die Gewinnsteuer der Vereine, Stiftungen, kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz und der übrigen juristischen Personen beträgt 9 Prozent des steuerbaren Reingewinns.

Titel 3. vor § 86 erhält folgende neue Fassung:

- 3. Vereine, Stiftungen, kollektive Kapitalanlagen und übrige juristische Personen

§ 86 Abs. 1 lit. b erhält folgende neue Fassung:

- b) bei den kollektiven Kapitalanlagen der auf den Grundbesitz entfallende Anteil am Reinvermögen.

§ 87 Abs. 3 erhält folgende neue Fassung:

³ Die Kapitalsteuer der Vereine, Stiftungen und übrigen juristischen Personen sowie der kollektiven Kapitalanlagen beträgt 5,25 Promille des steuerbaren Eigenkapitals; Eigenkapital unter 50 000 Franken wird nicht besteuert.

§ 90 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

§ 90. Ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, welche die fremdenpolizeiliche Niederlassungsbewilligung nicht besitzen, im Kanton jedoch steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt haben, unterliegen für Einkünfte im Sinne von § 91 einem Steuerabzug an der Quelle. Davon ausgenommen sind Einkünfte, die der Besteuerung nach § 38a unterstehen.

§ 157 Abs. 1 lit. d erhält folgende neue Fassung:

d) Kollektive Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz über die Verhältnisse, die für die Besteuerung des direkten Grundbesitzes und dessen Erträge massgeblich sind.

Titel III. vor § 172 und § 172 erhalten folgende neue Fassung:

III. Beschwerde an das Bundesgericht

§ 172. Gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts können die betroffene Person, die kantonale Steuerverwaltung oder die Eidgenössische Steuerverwaltung beim Bundesgericht nach Massgabe des Bundesgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005 Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten erheben.

In § 179 wird folgender Abs. 2 eingefügt:

² Wenn bei Einleitung des Verfahrens ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung weder eingeleitet wird, noch hängig ist, noch von vornherein ausgeschlossen werden kann, wird die steuerpflichtige Person auf die Möglichkeit der späteren Einleitung eines solchen Strafverfahrens aufmerksam gemacht.

Die bisherigen Abs. 2 und 3 von § 179 werden neu zu Abs. 3 und 4.

§ 197a Abs. 5 erhält folgende neue Fassung:

⁵ Innert 30 Tagen nach Zustellung kann gegen die Verfügung schriftlich Einsprache bei der Steuerverwaltung und gegen den Einspracheentscheid Rekurs bei der Steuerrekurskommission erhoben werden. Mit der Einsprache oder dem Rekurs kann nur geltend gemacht werden, dass keine Steuerpflicht besteht oder dass der

voraussichtliche Steuerbetrag tiefer ist als die in Rechnung gestellte Forderung.

§ 201 Abs. 2 erhält folgende neue Fassung:

² Zuständig für den Erlassentscheid ist die Steuerverwaltung. Der Regierungsrat bestimmt, ab welchem Erlassbetrag der Entscheid der Steuerverwaltung der Genehmigung durch das Finanzdepartement bedarf.

§ 201 Abs. 3 wird aufgehoben.

§ 213 wird aufgehoben.

§ 214 erhält folgende neue Fassung:

§ 214. Die steuerpflichtige Person, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe lebt, wird nur für die Hinterziehung ihrer eigenen Steuerfaktoren bestraft. § 211 bleibt vorbehalten. Die Mitunterzeichnung der Steuererklärung stellt für sich allein keine Widerhandlung nach § 211 dar.

§ 217 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

§ 217. Die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Steuerhinterziehung wird der angeschuldigten Person unter Angabe des Grundes schriftlich eröffnet. Es wird ihr Gelegenheit gegeben, sich zu der gegen sie erhobenen Anschuldigung zu äussern; sie wird auf ihr Recht hingewiesen, die Aussage und ihre Mitwirkung zu verweigern.

§ 218 wird um folgenden Abs. 3 ergänzt:

³ Beweismittel aus einem Nachsteuerverfahren dürfen in einem Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung nur dann verwendet werden, wenn sie weder unter Androhung einer Veranlagung nach pflichtgemäßem Ermessen (§ 158 Abs. 2) mit Umkehr der Beweislast nach § 160 Abs. 4 noch unter Androhung einer Busse wegen Verletzung von Verfahrenspflichten beschafft wurden.

§ 226 Abs. 3 erhält folgende neue Fassung:

³ Entscheide der letzten kantonalen Instanz unterliegen der Beschwerde in Strafsachen an das Bundesgericht.

§ 234 wird um folgenden Abs. 14 ergänzt:

¹⁴ Die Änderungen und Ergänzungen gemäss Grossratsbeschluss vom XX.XXX.2007 betreffend die §§ 21a, 32 Abs. 1 lit. a, 33 lit. b, 38a, 46 Abs. 5, 48, 70

Abs.1 lit. c, 90 Abs. 1 und 241a sind erstmals für die Steuern des Steuerjahres 2008 und diejenigen betreffend die §§ 197a Abs. 5 und 201 Abs. 2 erstmals ab 1. Januar 2009 anwendbar. Die übrigen Änderungen und Ergänzungen werden mit Eintritt der Rechtskraft des Grossratsbeschlusses wirksam.

Nach § 241 werden folgender Titel 7a und § 241a eingefügt:

7a. Rentenversicherungen

§ 241a. Rentenversicherungen und ähnliche Forderungen auf periodische Leistungen, bei denen die Leistungen im Zeitpunkt der Steuerbemessung bereits laufen, unterliegen der Vermögenssteuer nicht, sofern sie vor dem 1. Januar 2008 abgeschlossen worden sind.

II.

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und wird mit Eintritt ihrer Rechtskraft wirksam.